

16.24

Abgeordneter Christoph Hagen (STRONACH): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Ärgerlich ist für mich, dass wir immer erst dann über diese Themen sprechen, wenn etwas passiert ist, Herr Bundesminister. Ich möchte da schon ein wenig weiter ausholen. Sie wissen, dass ich immer wieder darauf aufmerksam gemacht habe, dass die Polizei zu wenige Mittel hat, dass die Möglichkeiten der Polizisten sehr beschränkt sind und dann bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften dementsprechend – sagen wir einmal so – sehr, sehr lasch entschieden wird; das habe ich hier von diesem Rednerpult aus schon oft gesagt.

In diesem Fall bewahrheitet sich das leider und hat eine fatale Auswirkung. Ich glaube, dass es nicht unbedingt so weit hätte kommen müssen. Ich möchte wiederholen – Kollegin Belakowitsch hat das vorhin angesprochen –, was aus Polizeikreisen immer wieder zu hören ist: dass Menschen, die eingeliefert werden, innerhalb kurzer Zeit wieder auf freiem Fuß beziehungsweise wieder unterwegs sind.

Dieses Argument kann ich nur unterstützen, ich höre von meinen Polizeikollegen laufend, dass es bei der UbG-Einlieferung – da sind nicht Sie zuständig, ich weiß, da müssten jetzt drei Minister sitzen – oft der Fall ist, dass diese offensichtlich Geisteskranken in das entsprechende Krankenhaus eingeliefert werden und nach zwei Stunden wieder im Zug oder im Bus zum ehemaligen Tatort – sagen wir einmal so – sitzen, wieder dorthin zurückkehren. Das Ganze wiederholt sich dann. Ich weiß von Fällen, in denen sich das drei-, viermal am Tag wiederholt hat.

Die Rettungskräfte – das habe ich hier auch schon einmal in einer Rede gesagt – sind mit solchen Menschen, die immer wieder eingeliefert und nach kurzer Zeit wieder auf freiem Fuß gesetzt worden sind, teilweise so belastet, dass beispielsweise bei einem schweren Verkehrsunfall ein Patient mit offenem Schlüsselbeinbruch warten musste, weil kein Rettungsfahrzeug zur Verfügung stand. Also das sind die Zustände, die tatsächlich herrschen, Herr Minister. Das sind keine Worthülsen, das sind Tatsachen, das kann ich Ihnen sogar beweisen.

Ich höre auch immer wieder von den Exekutivbeamten, dass oft Straftäter eingeliefert werden, dann kurz in Haft genommen werden, ein paar Stunden oder einen Tag später sind sie wieder auf freiem Fuß, und am nächsten Tag, wenn der Kollege wieder im Dienst ist, winken sie ihm von der anderen Straßenseite zu und sagen: Haha, ihr könnt mich ..., ich bin schon wieder da! – Das sind natürlich keine Maßnahmen, die ja eigentlich, wie man sagt, präventiv oder abschreckend wirken sollten, sodass diese Menschen die Tat bereuen oder zumindest nicht mehr straffällig werden. Das ist ein

großes Problem, und es kann nur der Gesetzgeber beziehungsweise derjenige, der die Gesetze vollzieht, erreichen, dass solche Fälle nicht mehr vorkommen.

Da appelliere ich an Sie, Herr Minister – und Sie rennen bei mir offene Türen ein, wenn Sie da von mir noch mehr Informationen haben wollen –, dass hier endlich entsprechend Recht gesprochen wird, wie es die Gesetze vorgeben, denn ich habe oft die Erfahrung gemacht – und das höre ich auch von Polizeikollegen –, dass von ausländischen Straftätern, wenn man sie fragt, ob sie sich in ihrem Heimatland auch so aufführen können, die Antwort kommt: Nein, nein, dort darf ich das natürlich nicht tun, denn dort habe ich entsprechende Konsequenzen zu erwarten! Da ist die Polizei nicht so human wie bei uns. Das ist für mich schon bedenklich.

Ich bin auf dem Land aufgewachsen, wo der Polizist beziehungsweise damals noch der Gendarm Autorität ausstrahlt hat und man gewusst hat, wenn man mit dem Polizisten oder Gendarmen in Konflikt kommt, dann hat man ein massives Problem. Heute schreckt das gar nicht mehr ab, heute nimmt man das gar nicht mehr zur Kenntnis. Es gibt Urteile, bei denen ich als Polizist mich frage, ob ich – ich will jetzt dieses Wort nicht verwenden, sonst bekomme ich einen Ordnungsruf – schon noch im richtigen Film bin, denn das ist nicht mehr verständlich. Es gibt viele Vorgänge, die ich jetzt auch in der Politik schon mitbekommen habe, und ich muss mich einfach nur über diese Urteile, über diese Rechtsprechungen wundern.

Für mich haben sich aber aufgrund dieser Dringlichen Anfrage einige Fragen aufgetan; da steht drinnen – und Sie haben es bestätigt, Herr Minister –, dass dieser Kenianer 2008 als 12-Jähriger mit einem Touristenvisum eingereist ist. Jetzt frage ich mich: Ist er alleine gekommen? Ist er mit irgendwelchen Verwandten gekommen? Ist er alleine hiergeblieben? Was waren die Gründe? Ist er überhaupt zur Schule gegangen, denn er wäre ja zu diesem Zeitpunkt noch schulpflichtig gewesen? Ist er untergetaucht? Wer hat sich um ihn gekümmert? Warum ist der auf diese Bahn gekommen?

Diese Fragen muss man sich natürlich auch stellen, das zu erheben wäre in diesem Zusammenhang vielleicht auch interessant, damit man einmal sieht, wo im System etwas falsch gelaufen ist und wo im System sich die großen Probleme mit diesem Menschen aufgetan haben.

Sie wissen, Herr Minister – Kollege Strache hat es angesprochen und Sie haben das dann aufgenommen –, hinsichtlich der Abschiebungsmöglichkeiten haben wir große Probleme; Sie haben es ja auch angesprochen. Das ist aber auch klar, denn Herr Außenminister Kurz hat im Menschenrechtsausschuss gesagt, dass wir seit 14 Jahren

mit Marokko über ein Rücknahmeabkommen verhandeln, dass wir in Libyen nicht einmal einen Ansprechpartner haben und in Algerien große Probleme und so weiter.

Da wundert es mich aber schon, dass Deutschland in so kurzer Zeit mit Algerien und Marokko entsprechende Abkommen abschließen konnte. Also da kann ich schon ein Versagen in der Außenpolitik des Herrn Außenministers feststellen, denn: Wieso kann es Deutschland, und wieso können wir es nicht? Diese Frage darf man sich berechtigterweise stellen, wenn schon so lange verhandelt wird. Was hat Deutschland da besser gemacht? Vielleicht sollte man sich dort einmal informieren. Ich weiß auch, dass die Schweiz diesbezüglich sehr gute Abkommen und sehr gute Regeln hat.

Ich glaube, wir sollten ein Signal an unsere Zuwanderer setzen, damit sie sich, wenn sie nach Österreich kommen, entsprechend benehmen, entsprechend aufführen und integrieren.

Wir haben heute das ganz tolle Beispiel der neuen Staatssekretärin gehört, die als Flüchtlingskind aus Palästina gekommen ist, die sich hier wirklich angepasst hat, integriert hat, eine tolle Karriere gemacht hat. – Genau das sollte der Zugang sein und nicht, dass man die Drogenkarriere macht oder dass man hier die Gesetze mit Füßen treten und tun kann, was man will. Dieses Signal sollten wir setzen.

Es gibt genug Beispiele, ich will jetzt nicht alle wiederholen, aber ich habe heute eine Gratiszeitung aufschlagen und gelesen (*der Redner hält eine Ausgabe der Tageszeitung „ÖSTERREICH“ in die Höhe und zitiert daraus*): „Drogenbande nach Samurai-Attacke gesprengt“ – in der U6, wir erinnern uns, das war ein großer Fall. Wie sich dann das Opfer, das vermeintliche Opfer, das niedergestochen worden ist, im Spital aufgeführt hat, das ist dort normal, und das ist das Problem. Wir müssen den Zuwanderern erklären, dass wir hier in Österreich, in Mitteleuropa entsprechende Gesetze haben, entsprechende Benimmregeln haben.

Ich verstehe es ja irgendwie, wenn man weiß, wo die herkommen und dass dort die Mentalität ganz anders ist, dass dort andere Regeln gelten, aber das muss man ihnen beibringen. Und wenn sie das nicht annehmen, dann haben sie sofort wieder zurückzukehren, egal, ob dort Krieg herrscht oder Ähnliches. Wer sich nicht benimmt in Österreich, der hat hier nichts zu suchen, das muss man ganz klar sagen. (*Beifall der Abg. Schenk sowie bei Abgeordneten der FPÖ.*)

Ich glaube, da sind wir als Politiker und die Politik gefordert, diese Signale zu setzen und das auch durchzusetzen, und da gibt es ausreichend Möglichkeiten, mit Ländern zu verhandeln. Wir haben Möglichkeiten, das ist heute schon angesprochen worden,

finanziell Druck auf die Länder auszuüben, dass sie diese Menschen wieder zurücknehmen.

Also: Wer herkommt, muss sich anpassen, benehmen – das ist das Um und Auf –, und wenn nicht: Zurück in die Heimat! – Danke. (*Beifall der Abg. Schenk.*)

16.33

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Dr. Rosenkranz. – Bitte.